

Christdemokraten für das Leben e.V.

Ausgabe 1/2024 · Mai 2024



Liebe Mitglieder, liebe Freunde des Lebens!

Gerade hat die von der Ampel-Koalition eingesetzte "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" ihren Abschlussbericht (628 Seiten) vorgelegt.

Die Empfehlungen sind: Abtreibungen in der Frühphase der Schwangerschaft sollen immer rechtmäßig sein. Für Abtreibungen in der mittleren Phase der Schwangerschaft soll der Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum haben. Dabei soll es wie bisher Ausnahmeregelungen geben, zum Beispiel bei Gesundheitsgefahr der Schwangeren oder Vergewaltigung (medizinische bzw. kriminologische Indikation). Ab extrauteriner Lebensfähigkeit des Kindes soll Abtreibung mit Ausnahme einer medizinischen Indikation verboten sein.

Freigabe der Abtreibung verleugnet die Würde des Menschen

Die Eizellspende soll unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht werden. Sogenannte altruistische Leihmutterschaft soll verboten bleiben oder lediglich unter engen Voraussetzungen (z. B. nahes verwandtschaftliches oder freundschaftliches Verhältnis zwischen Wunscheltern und Leihmutter) ermöglicht werden.

Die abgestufte Freigabe der Abtreibung außerhalb des Strafrechts verleugnet die Würde des Menschen und das Recht auf Leben. Sie ist mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar.

Die Legalisierung der Eizellspende blendet aus, dass dabei nur in wenigen Fällen jungen Frauen ohne eigene Eizellen zur Erfüllung ihres Kinderwunsches verholfen wird. Vielmehr waren nach einer 2022 veröffentlichten Studie der Berliner Charité zu Geburten nach Eizellspende 81 Prozent der Mütter zwischen 40 und 65 Jahre alt.

Wie bei der Leihmutterschaft dominiert bei der Eizellspende im Ausland längst ein Marktgeschehen, bei dem Eizellen bzw. Kinder zur Ware degradiert werden. Leihmutterschaft beutet insbesondere Frauen in finanziell prekären Verhältnissen aus.

In Verbindung mit Eizellspende und Leihmutterschaft, die der Erfüllung eines Kinderwunsches dient, sendet die Freigabe der Abtreibung, die der Vermeidung einer Geburt dient, ein verheerendes Signal: Menschliches Leben wird verfügbar.

Die Ampel-Koalition bedient damit ideologische Galionsfiguren und setzt ihre mit der Streichung des Werbeverbots für Abtreibungen im § 219a zu Beginn der Wahlperiode begonnene Linie fort.

"Gehsteigbelästigung" scheint nicht zu existieren

In der kürzlichen Plenardebatte zur "Gehsteigbelästigung" schilderte eine SPD-Rednerin, dass Schwangere vor Beratungs- bzw. Abtreibungseinrichtungen von einer Traube aus Menschen mit Pfiffen und Rufen erwartet, von radikalen Abtreibungsgegnern angeschrien, bepöbelt und mit Kunstblut beschmiert worden sein sollen. Derartiges müsste eigentlich in der Länderabfrage der Bundesregierung enthalten sein – doch meine schriftliche Frage im vergangenen Dezember nach Anzahl der Beschwerden, Anzeigen, Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren oder sonstigen Verfahren seit 2021 konnte die Bundesregierung nicht beantworten. Wir wissen von friedlichen Mahn- und Gebetswachen, aber die behauptete "Gehsteigbelästigung" scheint nicht zu existieren.

Die Empfehlungen der "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" kamen daher nicht unerwartet.

Streit um Abtreibung und Lebensrecht flammt wieder auf

Bezeichnend ist, dass die Ampel-Koalition die inhaltliche Auseinandersetzung in einer Art Outsourcing einer außerparlamentarischen "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" überlassen hat. Bisher war es gute Übung, bioethisch-politische Debatten im gewählten Parlament und seinen Gremien zu führen.

Jetzt flammt der Streit um Abtreibung und Lebensrecht wieder auf, und jetzt müssen wir unsere Argumente verstärkt zu Gehör bringen.

Hubert Hüppe MdB

Stellv. Bundesvorsitzender

CDL widerspricht Kommissionsvorschlag zum § 218

Am 15. April 2024 hat die von der Ampel-Regierung eingesetzte "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" in Berlin ihren Abschlussbericht vorgestellt. Hierzu hat unsere Bundesvorsitzende, Susanne Wenzel, folgende Stellungnahme verfasst:

Ausgerechnet zu Beginn der "Woche für das Leben", die von der katholischen und evangelischen Kirche seit 30 Jahren begangen wird, stellt die von der Ampel-Regierung berufene "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" ihren Bericht vor. Das Ergebnis ist wenig überraschend, denn



Susanne Wenzel bei der Podiumsdiskussion des TCLG

der Auftrag war klar definiert: die Abtreibung aus dem Strafrecht zu nehmen. Die Erwartung insbesondere der Bundesfamilienministerin wurde also erfüllt.

Es ist im höchsten Maße befremdlich, dass die Kommission es ganz offenbar für ethisch und auch in juristischer Hinsicht gerechtfertigt hält, dem ungeborenen Kind im frühesten Stadium seiner Existenz kein umfassendes Lebensrecht zuzusprechen. Bei der Vorstellung des Berichtes äußerten sich Vertreter der Kommission dahingehend, dass sich bei einer gleichwertigen Gewichtung des Lebensrechtes des Embryos und seiner Mutter keine Auflösung des Dilemmas bzw. des Konfliktes finden ließe, vielmehr würde der bisher geltende vollwertige Lebensschutz schon in der frühen Phase der Schwangerschaft ein vollständiges Verbot von Abtreibungen verlangen. Dies wäre tatsächlich konsequent.

Damit wurde durch die Expertenkommission im Grunde bestätigt, warum bislang keine Regierung der durch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1993 auferlegten Pflicht zur Überprüfung der Regelung "nach einem angemessenen Zeitraum" nachgekommen ist: Das Ergebnis hätte nur sein können, die bisher bestehende Regelung mindestens nicht zu lockern, sondern sogar noch zu verschärfen.

Um aber nun an das von der Bundesfamilienministerin Paus geforderte Ergebnis, die Abtreibung "endlich" straffrei zu stellen und zu legalisieren, irgendwie heranzukommen, haben die Mitglieder der Regierungskommission einen ethischen Winkelzug vorgenommen und kurzerhand erklärt, das Lebensrecht eines Menschen könne zu Beginn seines Lebens im Mutterleib nicht so gewichtet werden wie die Interessen der Mutter.

Um das Selbstbestimmungsrecht der Mutter nicht zu gefährden und den Schwangerschaftskonflikt aufzulösen, wird das Lebensrecht unter den Vorbehalt der Lebensfähigkeit gestellt. Abhängig und ohne Hilfe nicht lebensfähig ist ein Kind aber auch nach seiner Geburt.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, das Recht auf Leben ist ein Grundrecht. Beides wird nicht zugesprochen oder kann auch in einer frühen Phase nicht aberkannt werden. Nicht die (relative) Entwicklung des Menschen ist entscheidend, sondern allein dessen Existenz.

Seit 2022 steigen die Abtreibungszahlen kontinuierlich an, die Geburtenraten aber sind rückläufig. In einer solchen Situation Abtreibungen fördern und forcieren zu wollen und gleichzeitig die Eizellspende zu legalisieren, ist unverständlich, entspringt aber der ideologischen Verblendung, die diese Bundesregierung immer wieder demonstriert. Wir brauchen eine große Offensive für das Leben mit einer guten Familienpolitik und nicht noch mehr Abtreibungen.

Die CDL begrüßt daher die Kritik aus CDU und CSU sowie die Ankündigung von Unionspolitikern, bei einer Änderung der Gesetzgebung erneut das Bundesverfassungsgericht anzurufen.

Sorge bei katholischen Bischöfen

Katholische Bischöfe nehmen Bericht zur reproduktiven Selbstbestimmung mit Sorge wahr

"(...) Angesichts der mit den Empfehlungen aufgeworfenen fundamentalen Fragen, die die Grundlagen unserer Gesellschaft betreffen, halten wir eine intensive, grundlegende Auseinandersetzung mit dem Kommissionsbericht in ethischer und juristischer Perspektive für zwingend erforderlich. Die Ergebnisse zur Neukonzeption des Schwangerschaftsabbruchs betrachten wir als zu einseitig. Die geltende Rechtslage schützt sowohl Selbstbestimmung und Gesundheit der Frau als auch das ungeborene Kind."

Bitte anschauen: Interview mit Susanne Wenzel bei AUF1



https://auf1.tv/nachrichten-auf1/lebensschuetzerinwenzel-das-recht-auf-leben-ist-ein-grundrecht

Bundesregierung muss ideologische Scheuklappen ablegen

Zu den neuen Geburtenzahlen, die das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veröffentlicht hat, nimmt Odila Carbanje wie folgt Stellung:

Die Politik der Ampel-Regierung geht dramatisch in die falsche Richtung. Während man ideologiegetrieben ständig behauptet, es gäbe zu wenige Möglichkeiten, Abtreibungen vornehmen zu



Wertvoll: familienbejahende Politik statt Abtreibung

lassen, sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Im Jahre 2022 stieg die Zahl der Abtreibungen um 9,9 % im Vergleich zum Vorjahr auf über 104.000 mit steigender Tendenz im Jahre 2023.

Im März 2024 veröffentlichte das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung eine weitere erschreckende Entwicklung.

Die Geburtenrate in Deutschland fiel von 1,57 Kindern pro Jahr in 2021 auf rund 1,36 Ende 2023 und damit auf ein Niveau, das so niedrig ist wie seit über zehn Jahren nicht mehr.

Schon 2022 gingen mit 738.819 Geburten die Zahlen zum Vorjahr um 7,1 % zurück, doch wurden bis November 2023 nur 631.000 Kinder geboren, was 7,5 % weniger sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Dazu kommt, dass der Deutsche Hebammenverband Alarm schlägt. Gab es 1991 noch 1186 Kliniken, in denen Geburten möglich waren, waren es im Jahre 2018 nur noch 655. Seit 2015 sind allein 116 Einrichtungen geschlossen worden oder stehen kurz vor der Schließung. Schwangere Frauen müssen vor der Niederkunft immer weitere Wege zurücklegen. Das stellt eine Gefährdung für Mutter und Kind dar.

Statt über angeblich fehlende Abtreibungseinrichtungen zu klagen, sollte die Regierungskoalition in Berlin sich über diese beängstigenden Entwicklungen Gedanken machen.

Die CDL fordert deshalb unsere Bundesregierung auf, endlich die ideologischen Scheuklappen niederzulegen, die Realität wahrzunehmen und eine vernünftige, lebensbejahende und familienfreundliche Politik zu gestalten. In Zeiten von Fachkräftemangel und einer immer älter werdenden Bevölkerung bekommt der Begriff "Nachhaltigkeit", den die Ampel so gerne gebraucht, eine ganz andere Bedeutung. Die Zukunft sichern kann man nur, wenn man Eltern ein Leben mit Kindern ermöglicht und sie in allen Bereichen unterstützt und fördert.

Bundestag debattiert über Gehsteigberatung

Erste Lesung: Deutscher Bundestag debattiert über Gesetzentwurf zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes – Gehsteigberatung

Am 10. April 2024 hat der Deutsche Bundestag in Erster Lesung über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes debattiert. Konkret geht es darin



Soll verboten werden: die Gehsteigberatung

um einen Schutz vor sogenannter Gehsteigbelästigung vor Abtreibungseinrichtungen und Beratungsstellen für Schwangerschaftsabbrüche.

Laut dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 27. März 2024 sollen im Umkreis von 100 Metern um den Eingangsbereich der entsprechenden Einrichtung bestimmte, nicht hinnehmbare Verhaltensweisen untersagt werden, "wenn diese geeignet sind, die Inanspruchnahme der Beratung in der Beratungsstelle oder den Zugang zu Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, zu beeinträchtigen". Verstöße sollen künftig als Ordnungswidrigkeit mit Bußgeldern bis 5000 Euro bestraft werden können.

Der Gesetzentwurf wurde nach gut 45 Minuten kontroverser Debatte an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Auf der Website des Bundestages gibt es eine Videoaufzeichnung der Debatte, das Plenarprotokoll sowie die zugehörigen Drucksachen.



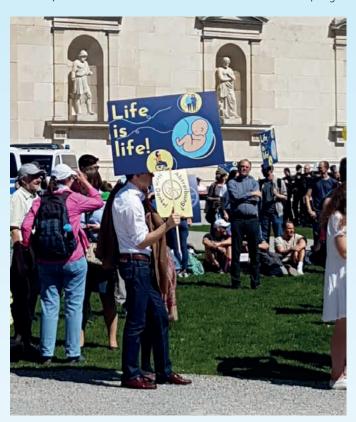
1/2024 Junge CDL

Ich: "Ich fahre zum Marsch fürs Leben." Sie: "Wild!"

Warum ich zum Marsch fürs Leben nach München gefahren bin und warum man als woker Mensch pro-life sein sollte



Nachts um halb zwölf im Nürnberger Hauptbahnhof, am Vorabend des Marsches fürs Leben in München. Ich stehe neben einer jungen Frau am Gleis. Wartend auf den gemeinsamen Zug, kommen wir ins Gespräch. Sie fragt mich, was ich denn in München mache. Ich antworte, dass ich zum Marsch für das Leben fahre. Ihre Reaktion nach einer kurzen Pause: "Wild!" Eine ähnliche Reaktion erlebte ich schon am Tag zuvor bei einem Freund. Auch er fragte mich, was ich in München vorhätte. Auf meine Antwort, dass ich zum Marsch fürs Leben fahren würde, sagte



Teilnehmer beim "Marsch für das Leben" in München

er: "Wow!" Beide Reaktionen sind symptomatisch für meine Generation. "Lebensschutz und dann auch noch der Marsch für das Leben, das ist abgefahren, das machen keine normalen Leute, da gehen nur religiöse Spinner und Rechtsradikale hin." Die sogenannte Pro-Choice-Bewegung hat hier ganze Arbeit geleistet. In Ermangelung an guten Argumenten hat sie durch gebetsmühlenartige Wiederholung der immergleichen Diffamierungen das Narrativ aufgebaut, dass der Lebensschutz ein Projekt reaktionärer Kräfte sei, die Frauen unterdrücken möchten. Die gleichen Kräfte, die auch andere marginalisierte Gruppen wie Ausländer und Homosexuelle diskriminieren. Passt doch alles super ins Bild. Solche Leute muss man von vornherein nicht ernst nehmen. Sie haben ihre moralische Legitimität bereits verloren. Leider hat meine Generation dieses Narrativ so oft gehört, dass die meisten jungen Menschen es für eine unbestreitbare Wahrheit halten.

Aber stimmt es auch? Sind Lebensschützer reaktionäre Rechtsradikale oder christliche Fanatiker? Auf mich jedenfalls passen beide Klischees nicht. Ich bin zwar ein gläubiger Christ, würde mich aber trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, politisch in vielerlei Hinsicht als eher "progressiv" bezeichnen. Ich finde, Frauen sollten in unserem Land die gleichen Chancen haben wie Männer. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn ein Mensch homosexuell ist, und ich empfinde die religiöse Vielfalt in unserem Land als Bereicherung, um nur drei Beispiele zu nennen.

Aber warum fahre ich dann zum Marsch für das Leben, wenn ich doch scheinbar gar nicht das Klischee des reaktionären Fanatikers bediene? Im Prinzip ist es ganz einfach. Ich bin der Meinung, dass jeder Mensch die gleiche Würde hat und sein Leben deshalb schützenswert ist. Ich bin der Überzeugung, dass jeder Mensch ein Recht auf Leben hat, egal wo er herkommt und welchem Volk er sich zugehörig fühlt, egal welches Geschlecht er hat, egal ob er krank oder gesund ist, egal ob er eine Behinderung hat oder nicht, egal wie groß, klein oder alt er ist und egal, ob dieser Mensch schon geboren oder noch ungeboren ist. Warum sollte die zuletzt genannte Kategorie auch einen so großen Unterschied hinsichtlich unserer Würde und unseres Rechts auf Leben machen? Die Geburt, ein Prozess, der ein paar Stunden dauert, ändert erst einmal gar nicht so viel im Leben eines Kindes. Mit Sauerstoff und Nährstoffen versorgt sich das Kind nun nicht mehr über die Plazenta, sondern über Atmung und Muttermilch. Das ist im Wesentlichen eigentlich schon alles. Ansonsten bleibt das Kind unmittelbar nach der Geburt noch ganz der hilflose Fötus, der viele kognitive und motorische Fähigkeiten, die uns als Menschen ausmachen, erst noch lernen muss. Ich habe deshalb nie verstanden, warum wir einen Menschen nach seiner Geburt nicht töten dürfen, davor aber schon. Seien wir ehrlich mit uns: Ist das nicht eigentlich eine ganz schön absurde und brutale Idee? Wir reden über Abtreibung oft sehr abstrakt, als ginge es hier nur um einen Wettstreit verschiedener ldeen. Aber es geht hier nicht um abstrakte ldeen, sondern um einen ganz konkreten Menschen, der aus dem Leben gerissen und dessen Zukunft unwiederbringlich zerstört wird. Rund 104.000 Kinder haben im Jahr 2022 auf diese Weise ihr Leben verloren. Das sind pro Tag etwa so viele Kinder, wie eine durchschnittliche Grundschule besuchen. Über die Hälfte dieser Abtreibungen wird nach der 9. Schwangerschaftswoche (SSW) durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt hat ein Kind bereits Arme, Beine, Finger und Zehen. Das Herz schlägt, das zentrale Nervensystem ist ausgebildet, es bewegt sich, kann auf Berührungen reagieren und sogar einen Purzelbaum schlagen. Bis zur 14. SSW sind Abtreibungen in Deutschland nach einer Beratung straffrei. Zu diesem Zeitpunkt kann ein ungeborenes Kind bereits gezielt greifen, am Daumen lutschen und die Stirn runzeln. Nach medizinischer Indikation sind Abtreibungen sogar bis hin zur Geburt legal. Dazu zählen nicht nur solche Fälle, in denen Leib und Leben der Mutter durch eine Abtreibung gerettet werden sollen und in



Junge CDL 1/2024

denen diese selbstverständlich legitim ist. Die meisten Abtreibungen nach der 14. SSW werden durchgeführt, weil das Kind eine Behinderung hat. Über 3.000 Mal wurden solche sogenannten Spätabtreibungen 2022 in Deutschland vorgenommen. In 740 Fällen sogar nach der 22. SSW, also zu einem Zeitpunkt, an dem das Kind bereits außerhalb des Mutterleibes hätte überleben können. Um ein Überleben der Abtreibung auszuschließen, tötet man die Kinder in diesen Fällen



Große Bühne bei der Schlusskundgebung zum Marsch

vorsorglich, vor Einleitung der künstlichen Geburt, mit einer Giftspritze. Das alles sind keine Horrormärchen. Es kann in seriösen Quellen nachgelesen werden. Es ist die brutale Realität der Abtreibung. Um darauf aufmerksam zu machen und dafür zu werben, als Gesellschaft mehr in die Prävention dieser Tragödien zu investieren, bin ich nach München gefahren. Und dabei geht es eben nicht darum, die Gesellschaft in alte patriarchale Strukturen zurückzubringen. Es geht auch nicht darum, mit dem Finger auf die betroffenen Frauen und Paare zu zeigen. Ich weiß, dass Frauen und Paare sich oft nicht leichtfertig für eine Abtreibung entschieden haben, dass hinter der Entscheidung oft

Verzweiflung und ein hoher Leidensdruck standen. Es geht nicht darum, auf der Vergangenheit herumzureiten, sondern an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Es geht darum, Menschen über die Realität der Abtreibung aufzuklären, damit sie sich in einem zukünftigen Konflikt vielleicht für das Kind entscheiden. Es geht darum, Strukturen zu schaffen, die die Nöte von Frauen im Schwangerschaftskonflikt psychisch, sozial und finanziell besser auffangen, um ihnen ein Ja zum Kind auch möglich zu machen. Es geht darum, den Blick dafür zu weiten, dass dieses ungeborene Kind, so klein es auch sein mag, bereits ein Mensch ist und ein Recht auf Leben besitzt.

Darum bin ich also nach München gefahren. Ist es nicht verrückt, dass man dafür besonders in einem eher progressiven oder linken Milieu auf Unverständnis stößt? Sollten nicht eigentlich gerade die Menschen hinter dem Lebensschutz stehen, denen die Würde des Menschen ein so hohes Gut ist, die sich für eine gerechte Gesellschaft, für die Rechte marginalisierter Gruppen und für eine universelle und globale Idee der Solidarität einsetzen? Müsste nicht gerade der, der sich als "woke" bezeichnet, auch pro-life sein? Ich denke, nur das wäre konsequent. Wer an die Idee universeller Menschenwürde und -rechte glaubt, wer ein Menschenfreund sein will, der kann nicht alle ungeborenen Menschen aus dem Menschsein ausschließen.



Benedikt Oyen ist 33 Jahre alt und studiert in Bonn katholische Theologie. Er ist Mitglied des Bundesvorstands und Jugendbeauftragter der CDL.



Erfolgreicher Frühschoppen

Seit zwei Jahren begleitet die CDL Bayern den Marsch fürs Leben mit einer ganz besonderen Veranstaltung. So organisierten die bayrische Vorsitzende, Frau Christiane Lambrecht, und ihr Team wieder einen riesig erfolgreichen Frühschoppen, der am 13. April 2024 in München stattfand. In der anschließenden Pressemeldung war zu lesen:

Kinder sind kein Produkt, Kinder sind ein Geschenk

Bioethik-Experte Prof. Christoph von Ritter machte beim Frühschoppen der CDL Bayern in München auf die Kollateralschäden der Reproduktionsmedizin aufmerksam

Viele junge Erwachsene, Familien mit Kindern, Experten und Akteure des Lebensschutzes waren unter den Besuchern des diesjährigen Frühschoppens der CDL Bayern im Münchner Augustinerkeller. Prof. Christoph von Ritter, Experte für Bioethik, referierte



Dr. Sina Fackler, Prof. Christoph von Ritter, Birgit Kelle und Christiane Lambrecht (v. l. n. r.)

zunächst darüber, wann und wie unser eigenes Leben begann. Es sei wissenschaftlicher Konsens, dass das Leben eines Menschen mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle beginne. Die "Produktion" von menschlichen Embryonen im Labor sei nicht nur kritisch zu sehen hinsichtlich der geringen Erfolgsquote, der immensen gesundheitlichen Belastungen und Risiken für die Frau, sondern auch wegen der Selektion und dem Umgang mit den unerwünscht hergestellten Embryonen. Die vielfältige Problematik der Leihmutterschaft verdeutlichte er daran, dass hunderte be-

"Gebärfähige Menschen"

Die Umwandlung unserer Gesellschaft geht schleichend weiter, gerade durch die Veränderung der Sprache. So konnte man am 24. März 2024 in den "Ruhr Nachrichten" unter der Überschrift "Tabuthema Abtreibung – Ärzte, Kliniken und Beratungsstellen: Wer Betroffenen in Castrop-Rauxel hilft" folgenden Satz lesen: "Die Ärztin ist stellvertretende Leiterin der Beratungsstelle pro familia in Recklinghausen und berät seit Jahren **gebärfähige Menschen** zum Thema …" Ich will hier scherzhaft fragen: Ist das nicht eine Diskriminierung von Frauen, wenn man sie "nur" auf ihre Gebärfähigkeit "reduziert"? Oder wer ist mit "gebärfähige Menschen" gemeint?

stellter Kinder in der Ukraine während der Coronazeit und wegen des Ukrainekrieges nicht abgeholt wurden. Ein weiteres Beispiel der Folgen der Reproduktionsmedizin: China hat zunehmend ein erhebliches Problem damit, dass es als Folge von geschlechtsselektiven Abtreibungen viel zu wenig Frauen gibt. Nun müssen sie aus Nordkorea "importiert" werden. Sachbuchautorin Birgit Kelle, die kürzlich "Ich kauf mir ein Kind. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft" veröffentlicht hat, stellte fest: "Auf der Fahrt hierher in der U-Bahn hängen überall Plakate wegen einer Veranstaltung gegen Rassismus, auf denen stand: ,100 % Menschenwürde'. Genau das machen wir Lebensschützer. Denn wir blenden keinen aus!" Zum Abschluss des Treffens appellierte Christiane Lambrecht, Landesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben in Bayern, dafür, sich aktiv für die Schwächsten der Gesellschaft zu engagieren: "Der Einsatz für die unendliche Würde eines jeden Menschen bleibt eine tägliche Herausforderung! Denn: Every life matters!"

Video vom CDL-Bayern-Frühschoppen:

https://www.youtube.com/watch?v=KwycGmKcYaM

Bayern wählt neuen Vorstand

Am 17.02.2024 wurde in Bayern wie folgt gewählt:

Vorsitzende: Christiane Lambrecht

Stellv. Vorsitzende: Dr. Sina Fackler, Bernd Kreuels,

Dr. Michel Winkler

Schriftführerin: Claudia Winklbauer Schatzmeister: Dr. Matthias Rumberger

Beisitzer: Alex Dorow, Stefanie Maier, Antonia

Egger, Dr. Christina Agerer-Kirchhof, Andreas Späth, Wolfang Rudolph

Kassenprüfer: Dr. Hartmut Benk, Antonia Egger

Neuwahl in Hessen am 1.12.23

Vorsitzende: Cornelia Kaminski

Stelly, Vorsitzender: Raif Toma

Beisitzer: Guido Certa, Mechthild Löhr



Buchempfehlungen

Birgit Kelle ist glückliche Mutter, Journalistin und Autorin. Sie ist bekannt aus Zeitungen, Funk und Fernsehen. Gleichzeitig ist sie auch Mitglied unseres Bundesvorstandes. In verschiedenen Landtagen und vor dem Familienausschuss des Deutschen Bundestages trat sie als Sachverständige für die Interessen von Müttern und Familien sowie als Expertin im Themenkomplex Gender auf. Als regelmäßiger Gast in diversen Talksendungen im Deutschen Fernsehen zu den Themenfeldern Familien-, Frauen-, Genderpolitik und Feminismus-Kritik wurde sie einem breiten Publikum bekannt.

Wir haben heute zwei ihrer Bücher herausgegriffen und wollen sie Ihnen mit besonderer Empfehlung vorstellen. Wir weisen darauf hin, dass man die Bücher auch bei Frau Kelle selbst beziehen kann, auf Wunsch auch mit Signatur: https://vollekelle.de/buecher

ICH KAUF MIR EIN KIND

Man bestellt es in Amerika, der Ukraine oder auch Georgien. Herstellungsmaterial, Ausstattung und Farbe werden nach Katalog ausgesucht, man bezahlt es und holt es nach Fertigstellung ab.



Wir sprechen aber nicht von Automobilen, sondern von Babys. Die sogenannte "Leihmutterschaft" avanciert damit auf dem Weltmarkt zum modernen Menschenhandel unserer Zeit.

Während Leihmutterschaft selbst in Ländern wie Thailand und Indien nur noch eingeschränkt erlaubt ist, breitet sich die Geschäftemacherei in Europa immer mehr aus. Von der Ukraine hat sich der Kinderhandel kriegsbedingt aktuell nach Georgien verla-

gert, doch selbst im deutschen Parlament gibt es immer mehr Befürworter, unter Prominenten wächst der Trend zum "Fremdgebärenlassen". Die Legalisierung der angeblich nicht kommerziellen Leihmutterschaft wird aktuell bereits von einer Kommission im Auftrag der Bundesregierung geprüft. Die Erfahrung anderer Länder zeigt jedoch: Die sogenannte "altruistische" Variante ist immer der Türöffner für den kommerziellen Markt.

Weltweit anerkannte ethisch-moralische Grenzen werden gerade eingerissen: Menschenhandel für Erwachsene und Organhandel sind sozial geächtet, Kinder kaufen ist neuerdings aber okay? Eine Niere nein – ein ganzes Kind ja? Aus der Perspektive der Frau ist Leihmutterschaft Prostitution 2.0. Beutete man früher "nur" ihre Sexualität aus, will man jetzt ihre Gebärfähigkeit gegen Geld.

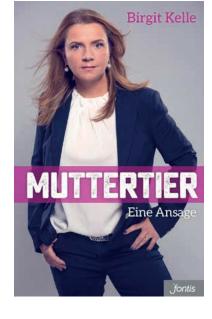
Ein brandaktuelles und für viele Frauen und Kinder höchst gefährliches Thema, das noch viel zu wenig diskutiert wird. Birgit Kelle erklärt in ihrem gewohnt pointierten Stil, wem es nutzt, wer daran verdient, wer darunter leidet und warum es weltweit verboten werden muss.

Birgit Kelle: ICH KAUF MIR EIN KIND. Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft. Finanzbuch Verlag, München 2024. 256 Seiten. Paperback. Preis: 18,00 Euro

MUTTERTIER - Eine Ansage

Eine glückliche Mutter ist heute eine Provokation. Sie ist die selbstverständlich gelebte Weiblichkeit. Sie kann Leben schenken und Leben weitergeben. Das bisher persönlichste Buch von Birgit Kelle, sie kennt dieses Mutterglück mit vier Kindern nur zu gut. Doch: Darf man heute überhaupt einfach "nur" Mutter

sein? Wie lässt sich Mutterschaft inmitten einer Feminismus-Bewegung leben, die jahrelang dafür gekämpft hat, Frauen von diesem "Mythos", von ihren Männern und auch von den Kindern zu befreien? "Früher legten wir Karrieren auf Eis, um Kinder zu bekommen. Heute sollen wir unsere Eizellen auf Eis legen, um Karriere zu machen und unsere besten Jahre der Firma statt unseren Familien zu schenken", stellt Birgit Kelle fest. "Aber entgegen jedem Mainstream sind



wir immer noch da: Beherzte Mütter. Weibliche Frauen. Wir sind die wahre Avantgarde. Ohne uns kein Leben. Wir sind die Muttertiere – wir spielen keine austauschbare Rolle, wir sind nicht dekonstruierbar, wir sind. Gekommen, um zu bleiben. Wir hüten die Brut, wir verteidigen sie wie Löwinnen. Wir geben ihr Wurzeln und Flügel. Wir lieben sie. Es ist nicht rational, es ist. Wir sind Muttertiere bis zum letzten Atemzug. Und das machen wir gut so."

Ein Buch sogar für die kinderlosen Mütter, die das mütterliche Prinzip in sich tragen und ein eigenes Kapitel bekommen haben. Selbst Väter werden hier oft zustimmend nicken, auch wenn hier jene im Fokus stehen, die das Kinderkriegen in den Genen haben: Die Mütter.

Birgit Kelle: **MUTTERTIER – Eine Ansage.** FONTIS Verlag, 2017. 240 Seiten. Paperback. Preis: 20,00 Euro





6. bis 8. Mai 2024 CDU-Bundesparteitag

21. September 2024

Marsch für das Leben in Berlin und Köln

12. Oktober 2024

CDL-Bundesmitgliederversammlung

Beratung und Hilfe für Schwangere

0800 - 36 999 63 · www.vita-l.de



IMPRESSUM



Christdemokraten für das Leben e.V. Kantstr. 18 48356 Nordwalde Telefon: 0 25 73 / 97 99 391 Telefax: 0 25 73 / 97 99 392 E-Mail: info@cdl-online.de Internet: www.cdl-online.de

Redaktion: Susanne Wenzel, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, www.dare.de Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com

Gedanken über das Osterfest hinaus, oder die Frage:

Was fangen wir mit unserem freien Willen an?

Idee und Text von Ingeborg Sattler

Warum lässt Gott das zu?

Das ganze Elend, die vielen Kriege, die hungernden Kinder, die zahllosen Ungerechtigkeiten, Lüge, Mord, Diebstahl, Zank und Streit in den Familien, Scheidungen. Missachten der Eltern und Alten, Abtreibung, Streit um Erbe, Besitz und Geld?

Warum ließ Gott zu?

Dass sein unschuldiger Sohn für uns litt, blutige Tränen weinte und hingerichtete wurde? Dass seine Mutter vor Schmerzen bald zusammenbrach? Dass die, die ihn liebten, ebenfalls verfolgt und getötet wurden? Sind die Guten so feige? Und die Bösen so mächtig? Ist Christ sein so schwer?

Wozu sind wir auf Erden?

Dass wir den Willen Gottes tun und dadurch in den Himmel kommen! Der Wille Gottes steht klipp und klar in den 10 Geboten; halte ich sie? Nein – – ? Warum lässt Gott das zu?

Neue TV-Sendung bei EWTN

Was genau ist eigentlich assistierter Suizid? Welche Gesetzesvorhaben rund um Embryonenschutz oder Abtreibung sind in Berlin oder Brüssel in Planung? "Perspektive Leben" informiert kompakt und kompetent über die relevanten bioethischen Fragen und Themen unserer Zeit. Eine Sendung mit Alexandra Linder. Zu finden in der Mediathek bei EWTN.

Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende! Unser Spendenkonto:

IBAN: DE53 4645 1012 0000 0025 84 Sparkasse Meschede · BIC: WELADED1MES

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.